

Offener Brief des VPK Landesverband Brandenburg e.V. zu den drastischen Kürzungen im Bildungsbereich

Potsdam, 04.06.2025

Sehr geehrter Herr Minister Freiberg,
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, der Verband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe in Brandenburg e.V., sehen uns gezwungen, uns öffentlich gegen die drastischen Kürzungen im Bildungsbereich zu positionieren. Die aktuellen Maßnahmen gefährden nicht nur die Arbeitsfähigkeit unserer Schulen, sondern auch das Recht jedes Kindes auf Bildung, Förderung und Chancengleichheit.

Die Realität an unseren Schulen ist alarmierend:

- Hunderte Lehrendenstellen werden in den nächsten Jahren gestrichen – allein 2025 über 340, 2026 über 440.
- Förderstunden für junge Menschen mit Lernschwierigkeiten, Behinderungen oder mit Migrationshintergrund werden massiv reduziert.
- Ganztagsangebote, Vertretungsreserven, Arbeitsgemeinschaften – gestrichen oder auf ein Minimum reduziert.
- Gleichzeitig sollen Lehrkräfte ab 2026 eine zusätzliche Wochenstunde unbezahlt unterrichten.

Das Ergebnis dieser Politik ist verheerend:

- Individualförderung ist kaum noch möglich. In vielen Klassen bleibt nur eine (!) Förderstunde pro Woche für die gesamte Heterogenität der jungen Menschen.
- Projekte, Fahrten, AGs, kulturelle Teilhabe – all das wird ersatzlos gestrichen.
- Lehrerinnen und Lehrer sind erschöpft, überlastet, frustriert. Burnout und Abwanderung sind vorprogrammiert.

Diese Maßnahmen verstoßen gegen geltendes Verfassungs- und Gesetzesrecht:

- Artikel 30 der Verfassung des Landes Brandenburg garantiert ausdrücklich das Recht auf Bildung und verpflichtet das Land zur Bereitstellung eines leistungsfähigen und vielfältig gegliederten Bildungswesens. Die geplanten Kürzungen konterkarieren diese Verfassungspflicht fundamental.
- § 29 des Brandenburgischen Schulgesetzes garantiert das *Recht auf sonderpädagogische Förderung*.
- Die Sonderpädagogikverordnung (§7 SopV) fordert *gemeinsamen Unterricht als zentrale Förderform*.
- Die *UN-Behindertenrechtskonvention* (Art. 24) verpflichtet zu einem *inklusiven Bildungssystem ohne Diskriminierung*.



Mit den geplanten Maßnahmen wird das Land Brandenburg seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Bereitstellung eines leistungsfähigen Bildungswesens nicht mehr gerecht. Wir sehen uns daher im äußersten Fall gezwungen, die Einhaltung der Landesverfassung auf dem Rechtsweg durchzusetzen.

Wir fordern daher mit Nachdruck:

- Die sofortige Rücknahme der Stundenkürzungen im Einklang mit Art. 30 der Landesverfassung.
- Eine realitätsnahe Bedarfsplanung unter Einbeziehung pädagogischer Fachkräfte.
- Den Erhalt von Förder-, Integrations- und Ganztagsangeboten als Teil eines leistungsfähigen Bildungswesens.
- Die volle Bezahlung und personelle Absicherung aller Mehrarbeitszeiten.
- Eine öffentliche Stellungnahme der Landesregierung, wie sie ihrer verfassungsrechtlichen Bildungsverantwortung künftig gerecht werden will.

Die Schulen sind keine Verwaltungseinheiten – sie sind Lebens- und Lernorte unserer jungen Menschen. Ihre Zukunft darf nicht kaputtgespart werden.

Wir stehen für eine Schule, die Teilhabe, Entwicklung und Bildung ermöglicht – nicht für eine, die junge Menschen aussortiert und Lehrkräfte verschleißt. Das ist nicht nur unser pädagogischer Auftrag, sondern auch unser verfassungsrechtlicher Anspruch.

Mit Nachdruck und Entschlossenheit,
VPK Landesverband Brandenburg e.V.

Yvonne Hey und Janko Sprenger (Verbandsrat)
Anna Kroupa und Holger Pernitzsch (gesch. Vorstand)
Constanze Klunker (Referentin)